

Stand: 20.04.2026 06:36:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3996

"Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3996 vom 09.10.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 10.10.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5047 des HA vom 28.11.2019
4. Beschluss des Plenums 18/5250 vom 05.12.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Alexander Hold, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Eva Gottstein, Johann Häusler, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Manfred Eibl, Hans Friedl, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass alle Spielräume genutzt werden, um sicherzustellen, dass unabhängig von der unmittelbaren beruflichen Verwertbarkeit eines Bildungsangebots der Zugang zum lebenslangen Lernen – und damit Teilhabechancen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben – ohne neue steuerliche Belastungen und diskriminierungsfrei möglich bleibt.

Begründung:

Der Entwurf der Bundesregierung hinsichtlich eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Jahressteuergesetz 2019) sieht im Rahmen der Neuordnung der Umsatzsteuerbefreiungsvorschriften für Bildungsleistungen in § 4 Nr. 21a (Neufassung) und § 4 Nr. 22a Umsatzsteuergesetz (UStG) (ersatzloser Wegfall) erhebliche Einschränkungen gegenüber der aktuellen Regelung vor (vgl. hierzu auch: Stellungnahme des Bundesrates auf BT-Drs. 356/19 (Beschluss), Ziff. 55, S. 69f.)

Die Umsatzsteuervorschriften in ihrer bisherigen Fassung sehen eine Freistellung nahezu sämtlicher Angebote der Erwachsenenbildungsträger von der Umsatzsteuerpflicht vor. Der Gesetzentwurf sieht nunmehr eine Steuerbefreiung allerdings nur noch für Angebote ähnlich eines „Schul- oder Hochschulunterrichts“ vor mit der Folge, dass die allgemeine Erwachsenenbildung außerhalb des beruflichen Bereichs künftig nicht mehr von der Umsatzsteuerbefreiung umfasst wäre. Letzteres würde eine nicht sachgerechte Benachteiligung der allgemeinen Erwachsenenbildung darstellen. Was wiederum dem Begriff der Erwachsenenbildung, wie er in Art. 1 Abs. 2 des neuen Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes (BayEbFöG) niedergelegt ist, widerspricht. Danach ist der berufliche Bereich zwar ein Teil der Erwachsenenbildung, diese geht jedoch weit darüber hinaus und umfasst daneben persönliche, gesellschaftliche, politische, sprachliche, gesundheitliche, kulturelle, religiöse sowie wirtschaftliche Bereiche. Käme den Erwachsenenbildungsträgern die umsatzsteuerliche Unternehmereigenschaft zu, hätte dies – verursacht durch den dann vorzunehmenden Vorsteuerabzug – einen deutlich höheren Verwaltungsaufwand zur Folge. Gerade im Hinblick auf ehrenamtlich geführte Erwachsenenbildungsträger, wie sie die bayerische Erwachsenenbildungslandschaft schon seit jeher mitprägen, wäre die Neuregelung problematisch. Es steht zu befürchten, dass sich die Teilnehmerentgelte durch die Umsatzsteuerpflicht der entsprechenden Bildungsleistung signifikant erhöhen. Dies würde den eben erwähnten Novellierung des BayEbFöG zugrunde liegenden Grundsatz der Niederschwelligkeit der Erwachsenenbildung regelrecht konterkarieren. Gerade bildungsferne Schichten mit begrenzten finanziellen Ressourcen wollen und müssen in Zukunft noch besser erreicht werden. Die vorgesehene Neuregelung gefährdet dieses Ziel.

und alle Kommunen –, dass der Zeitpunkt der Antragstellung und der Zeitpunkt der Auszahlung schon zwei, drei Jahre auseinanderliegen können, weil man einfach entsprechend planen muss. Deshalb haben wir schon viele Anträge, und diese zahlen wir jetzt sukzessive aus. Dafür haben wir aber noch entsprechende Gelder aus unserem Programm. Ich hoffe, ich konnte ein wenig Aufklärung leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf der korrigierten Drucksache 18/3988 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/4025 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die SPD und die FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Da wir jetzt schon knapp Viertel vor sechs haben, ergibt es keinen Sinn mehr, die restlichen Dringlichkeitsanträge zu beraten, da wir wahrscheinlich nicht rechtzeitig zur Abstimmung kommen. Deshalb entscheide ich, die Dringlichkeitsanträge – ganz offensichtlich im Einvernehmen mit der Mehrheit des Hohen Hauses – in die Ausschüsse zu verweisen.

Daher werden die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/3989, 18/4026, 18/4027, 18/3990, 18/3991, 18/4028 sowie 18/3993 mit 18/3997 sowie 18/4029 an den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss überwiesen.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 17:43 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 18/3996

Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Gerald Pittner**
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 17. Sitzung am 28. November 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Alexander Hold, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Eva Gottstein, Johann Häusler, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Manfred Eibl, Hans Friedl, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/3996, 18/5047

Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass alle Spielräume genutzt werden, um sicherzustellen, dass unabhängig von der unmittelbaren beruflichen Verwertbarkeit eines Bildungsangebots der Zugang zum lebenslangen Lernen – und damit Teilhabechancen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben – ohne neue steuerliche Belastungen und diskriminierungsfrei möglich bleibt.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Das an Nummer 1 der Liste stehende Konsultationsverfahren der Europäischen Union betreffend "Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen" wurde vom Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen am Dienstag endberaten. Der Ausschuss schlägt dazu die auf der Drucksache 18/5167 aufgeführte Stellungnahme vor. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt.

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 20, 21 und 28 der Liste. Das sind die Anträge der AfD-Fraktion betreffend "Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen" auf Drucksache 18/3889, "Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!" auf Drucksache 18/3890 und "Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte" auf Drucksache 18/4082. Der Aufruf der Anträge erfolgt, soweit zeitlich noch möglich, nach dem Tagesordnungspunkt 10, der Zweiten Lesung zu den Anpassungen im Beamtengesetz.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk ist dem so entsprochen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit, die Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Verkehr
 Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen
 11.09.2019 – 04.12.2019
 Drs. 18/4036, 18/5167 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen III – Dauerstellen für Daueraufgaben
Drs. 18/2651, 18/4943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV – Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen
Drs. 18/2652, 18/4944 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen V – Einrichtung eines Fonds zur Altersabsicherung von Lehrbeauftragten
Drs. 18/2653, 18/4946 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen VI – Verzicht auf Erklärung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit bei Erteilung von Lehraufträgen
Drs. 18/2654, 18/4947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Lehrbeauftragten
Drs. 18/3949, 18/4961 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen
Drs. 18/2985, 18/5024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen I – Verstöße strafrechtlich verfolgen und Defizite im Personalbereich abbauen
Drs. 18/3629, 18/4962 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen II – Digitale Kontrolle der Tiergesundheit
Drs. 18/3630, 18/4915 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Leben retten – Drogenkonsumräume legalisieren
Drs. 18/3701, 18/5000 (A)

Auf Antrag der AfD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Pflegerische Angehörige entlasten – Mehr Anbieter für Angebote zur Unterstützung im Alltag
Drs. 18/3702, 18/5001 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transparenz für alle in der 24-Stunden-Betreuung – Bündnis gegen die illegale Beschäftigung
Drs. 18/3758, 18/5002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Personalmangel am Landgericht Regensburg
Drs. 18/3766, 18/5025 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte im Grundgesetz verankern
Drs. 18/3769, 18/4858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Programm „Imkern an der Schule“ stärken – Erhöhung der pauschalen Förderung
Drs. 18/3810, 18/5046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD
Expertenanhörung zum Thema „Schulbegleitung“
Drs. 18/3817, 18/5052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen
Drs. 18/3889, 18/4795 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

21. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!
Drs. 18/3890, 18/5014 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u. a. CSU
Bericht zur ärztlichen Versorgung in Kinderhospizien
Drs. 18/3934, 18/5003 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben
Drs. 18/3996, 18/5047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl u. a. SPD
Gefahr durch PFOA und PFOS: Bevölkerung aufklären und schützen
Drs. 18/4001, 18/4838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Erwachsenenbildung (v. a. allgemeine Weiterbildung) muss umsatzsteuerfrei bleiben
Drs. 18/4029, 18/5048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u. a. SPD
Bericht zur politischen Bildung und Demokratieerziehung an den beruflichen Schulen in Bayern
Drs. 18/4035, 18/5053 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Psychosomatische Versorgung von Kindern und Jugendlichen flächendeckend sicherstellen!
Drs. 18/4079, 18/5004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte
Drs. 18/4082, 18/4945 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften in Bayern
Drs. 18/4196, 18/4857 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>